

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1923

29.11.1923 (No. 274)

Badischer Beobachter

Verlagspreis (Freibildend) durch Träger 60 Goldpfennig, (b. d. Adh. 1. Karlsruher 55 Goldpfennig wöchentlich. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatslohn ertolten.

Anzeigenpreis: 1. Linie, 1 mm hoch, 60 Pf., im 1. Quartale 180 Pf., 3. Quartale 140 Pf., 4. Quartale 120 Pf. in Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholungen ermäßigt, bei langjähriger Werbung und bei Anzeigen in besonderen Fällen.

Redaktion und Verlagsbüro: „Badischer“ (Wilhelm Jöhner, Direktor), Notationsbüro der „Badischen“ Al.-G. Karlsruhe, Adlerstraße 42. Druckadresse: Beobachter, Postfachamt Karlsruhe 4844. Erscheinungstag: ein- bis zweimal täglich. — Preis: 60 Pf. für den Abonnenten, 10 Pf. für den Einzelkäufer. — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Wiederholung der Nummer oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Inhalt der Anzeigen: Annahme: vom 1. 11. 23. Hauptredakteur: J. Th. Meyer. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. H. W. Meyer für den Nachrichtenendienst, den unterhaltenden und übrigen Teil Dr. H. W. Meyer für die Anzeigen: A. W. Meyer, sämtliche in Karlsruhe.

Vom Tage.

Die Regierungskrise dauert noch an. Die Deutschnationalen wachen die Umbildung der Regierung in Preußen zur Voraussetzung ihres Eintritts in das zu bildende Reichskabinett. Stegerwald wurde gestern abend vom Reichspräsidenten empfangen. Die Entscheidung dürfte heute fallen. Wie aus Köln gemeldet wurde, ist die separatistische Regierung Matthes gestürzt worden. In der Langer-Strage wurde bei den Londoner Verhandlungen eine Einigung erzielt.

Die Mehrheitsbildung im Reichstag.

In der Frankfurter Zeitung Nr. 877 lesen wir: Zur Beurteilung der verschiedenen Kombinationen für die Mehrheitsbildung dient die nachfolgende Zusammenstellung der Stärke der Parteien im Reichstag: Sozialdemokratische Partei 173 Zentrum 68 Deutschnationale Volkspartei 67 Deutsche Volkspartei 66 Deutsche Demokratische Partei 39 Bayerische Volkspartei 20 Kommunisten 15 Reichswälfische Freiheitspartei 3 Deutschnationale Partei 2 Bei keiner Partei (unabhängig) 2

Hiernach verläuft die Große Koalition über 84 von 450 Stimmen. Nach dem Austritt der Sozialdemokraten blieben nur noch 173 übrig, also 57 weniger als die absolute Mehrheit. Würde eine Regierung der Rechten versucht, so hätte diese nur dann gerade die absolute Mehrheit, nämlich 280 Stimmen, wenn alle Parteien und kleinen Gruppen außer den Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten sich daran beteiligten, und da eine einzige Umwidmung schon diese Mehrheit in Frage stellte, so würde in Wirklichkeit auch für sie das Verfehlen der demokratischen Partei ausschlaggebend sein. Eine ganz klare und ausreichende Mehrheit dagegen würde für die alte Reichsregierung, das Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten verbleiben, nämlich 280 Stimmen, d. h. 50 über die absolute Mehrheit.

Die Krankheit, die willkürlich offenbar zunächst fauen, daß eine Koalitionsregierung mit der Rechten parlamentarisch kaum möglich ist, weil die Demokraten nicht mitmachen und die Mehrheit einer solchen Koalition nur in einer Stimme bestünde, d. h. für eine Regierung ohne wohlwollende Neutralität der Demokraten nicht tragbar wäre. Am andern soll damit die alte Koalition von der Mitte nach links ohne die Deutsche Volkspartei in empfindliche Erinnerung gebracht werden. Wenn die Sache damit abgemacht wäre, daß man einfach die Stimmen zusammenzählt, so wäre die Sache schon recht; aber die Erfahrung hat bewiesen, daß eine solche Koalition schon früher durch Parteilösungen, sowohl seitens der Demokraten als der Sozialdemokraten gefährdet war und zerfiel; und heute, wo die Sozialdemokratie innerhalb der eigenen Reihen noch weiter auseinanderklafft als früher, wäre das noch mehr der Fall. Die Erfahrungen von früher laden daher durchaus nicht. Was die von der Frankfurter Zeitung in Erinnerung gebrachten Zahlen aber wirklich beweisen, das ist die fast ausfällige Schwäche der Reichsregierung, eine feste Basis für eine Mehrheitsregierung zu finden.

Der deutschnationale Abgeordnete Gerat hat einem Reichstagsmitglied folgende Rede gehalten: Die deutschnationale Volkspartei ist entschlossen, einen an sie ergehenden Auftrag zur Bildung der Regierung anzunehmen, aber sie würde sich doch sofort die Ermächtigung geben lassen, den Reichstag aufzulösen. Daraus ergibt sich, daß man auch auf der rechten Seite des Reichstages sehr wohl weiß, wie wenig im gegenwärtigen Reichstag eine Mehrheitsregierung Aussicht auf Erfolg hätte, weil ihr die dazu bedingte feste Mehrheit fehlt. Was aber bei einer Reichstagsauflösung bzw. Neuwahlen in der nächsten Zeit herauskommen würde, weiß man nicht. Ein Blick hinüber ins besetzte Rhein- und Ruhrland sollte aber unseres Erachtens jeden Gedanken an Reichstagsauflösung hinführen. Denn solange dort nicht wieder einigermaßen normale Verhältnisse einreten sind, solange dort Arbeitslosigkeit, Hunger und Separatisteneifer und Sanktionen von Frankreich und Belgien ein Durcheinander besonderer Art schaffen, ist an Wahlen im Rhein- und Ruhrland nicht zu denken. Und da der deutschnationale Führer das übersehen, vielleicht mit Absicht übersehen, hat eine Mehrheitsregierung unter deutschnationaler Führung erst recht keinerlei Aussicht im Reichstag, weil in E. das Zentrum unmöglich mitmachen könnte. Es müßte denn sein, daß trotz aller Schwierigkeiten im Rhein- und Ruhrland Reichstagswahlen dort durchgeführt werden könnten, was von hier aus nicht absolut beurteilt werden kann.

Was unter diesen Umständen bleibt, das ist das Abwarten, bis die Reichsregierung sich durch den inneren Kampf, ja die Leichtfertigkeit einzelner Parteien selber arbeits- und regierungsunfähig macht oder wenigstens daran ist, es zu tun und damit, wie nicht schwer voraussehen ist, schließlich den Todesstoß gegen den Parlamentarismus schlägt. Es gibt Leute, die das nicht bedauern, sich sogar darüber freuen. Aber das Tragische dabei ist, daß zu diesem Todesstoß jene ihre Kraft leihen, welche sonst die entscheidenden Vertreter des parlamentarischen Gedankens, der Demokratie und der Menschlichkeit sein würden.

Heute Entscheidung in Berlin.

Das Zentrum greift ein!

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Nach dem niederdrückenden Schauspiel, das in dieser letzten Krise eingegeben wurde, hat das Zentrum nunmehr energisch eingegriffen. Dieses Spiel war aber auch wirklich nicht mehr zu ertragen. Es konnte nur gebilligt werden, daß das Zentrum nicht von Anfang an, wie man ihm allerdings sofort, gerade von Seiten der Kriegsmächte, als sie vor einem Hausen von Eberchen standen, antrat, diese Führung übernahm. Zunächst müßte die Kanzlerführung selber einmal sehen, wie weit sie kamen. Der Reichspräsident hat es aber diesmal, entgegen allen parlamentarischen Gegebenheiten gänzlich für notwendig gehalten, die Führung derjenigen Parteien, die den Sturz des Kabinetts verursacht hatten (Sozialdemokraten und Deutschnationale) zur Rechenschaft zu ziehen, und sie zu fragen, was sie nun beseheren an die Stelle zu setzen hätten. Es war daher erklärlich, daß die von Reichspräsidenten befragten Führer der bürgerlichen Parteien sich zurückhielten und zunächst einmal abwarten wollten, was denn die Kanzlerführung selber zu sagen hätten. Da kam überraschend die Beauftragung Dr. Alberts mit der Bildung des Kabinetts. Unklüger hätte die Reichspräsident nicht beraten sein, als mit dieser Entscheidung. Albert ist von allen Seiten abgelehnt worden.

Nachdem der Reichspräsident, nicht zum ersten Male, eine klare politische Linie nicht zu weisen vermochte, hat das Zentrum die Führung übernommen, um die Schaffung einer rein bürgerlichen Regierung zu verhindern. Dieser Weg müßte geahndet werden, nachdem der Reichspräsident ihn nicht betreten wollte, und nachdem durch die Abkehr der Sozialdemokraten vor der Verantwortung — die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion reifen von Berlin ab, wie wenn gar nichts geschehen wäre, und bleiben in den Krisenstunden vollständig unerreichbar — eine andere Wahl gar nicht mehr blüht. Doch gefährlich bei manchen bürgerlichen Parteien, und gerade auch beim Zentrum stark, besteht eben eine Verneinung der Deutschnationalen bestanden, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Aber die politischen Erwägungen müßten allein den Ausschlag geben, und diese sprechen für eine unmittelbare Grenzabhebung auch der Deutschnationalen Partei als solcher, unter der Voraussetzung der Verantwortung bestimmter Kräfte, die an die Deutschnationalen gerichtet werden müßten. Diese Kräfte betrafen die Anerkennung der Verfassung und die Stellung zum Friedensvertrag, sowie zur allgemeinen Politik. Das ist für das Zentrum selbstverständlich. Den Friedensvertrag erkennen auch wir vom Zentrum nicht in dem Sinne an, wie ihn die Franzosen ausführt schon müßten, ebensowenig, wie wir die Rechtmäßigkeit des Ruhrvertrages anerkennen können. Wir befinden uns in Übereinstimmung mit den englischen Ökonomen, die in dem Vorhaben Frankreichs und Belgiens einen Bruch des Friedensvertrages feststellen. Aber andererseits kann die deutschnationale Partei, daß der Friedensvertrag für alle Parteien zentral ist, nicht angenommen werden. Das Schicksal der besetzten Gebiete muß uns ganz besonders an Gremien liegen und gerade diese Frage bildet bei Beurteilung dieser Dinge eine entscheidende Rolle. Bei der allgemeinen Politik kann die

in den letzten Reden Stresemanns gezeichnete Linie nicht aufgegeben werden und auch das gilt namentlich für die besetzten Gebiete. Die Lösung der Schwierigkeiten ist nur unter Führung des Zentrums möglich und das bedeutet, daß das Zentrum die Kanzlerschaft eines aus allen bürgerlichen Parteien gebildeten Kabinetts übernimmt, daß dieses Kabinett vom Reichstag das Vertrauen fordert, widrigenfalls gar nichts anderes übrig bleibt, als diesen Reichstag aufzulösen.

Am Stegerwalds Kanzlerschaft.

Der Reichspräsident befragte gestern mit dem Reichstagsabgeordneten und früheren preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald die Frage der Lehbernahme der Kabinettsbildung. Stegerwald hat sich seine endgültige Entscheidung noch vorbehalten.

Nach Ansicht des Berl. Tagebl., der Voss. Ztg. und des Vorwärts sind nach den Erklärungen der deutschnationalen und der demokratischen Reichstagsfraktion über ihre Stellungnahme zur Frage der Regierungskoalition in Preußen die Verhandlungen der Parteien über die Bildung eines Bürgerblocks im Reich als gescheitert zu betrachten. Auch die Kanzlerkandidatur Stegerwald sei damit nach Meinung der genannten Blätter erledigt. Im Gegensatz hierzu steht die Auffassung des Lokalanzeigers. Das Blatt teilt mit, daß sich im Anschluß an die gestrigen Fraktionsbesprechungen im Reichstagsgebäude Stegerwald zu einer Unterredung über den Stand der Dinge in der Kabinettsfrage zum Reichspräsidenten begeben hat. Ausdrücklich wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß Stegerwald in dieser Besprechung nicht erklärt hat, er könne den Auftrag zur Kabinettsbildung, den er so formell noch gar nicht übernommen hat, infolge der neuen Lage nicht ausführen. Argendwelche Entscheidungen sind in dieser Unterredung nicht gefallen. Man wird vielmehr den Ausgang der heutigen Besprechungen im preussischen Landtag und die davon abhängige Stellungnahme der Reichstagsfraktionen abzuwarten haben. Seitens Nachmittags wurden auch unveränderte Besprechungen der Demokraten mit den Sozialdemokraten geführt. Seitens der Sozialdemokraten ist erklärt worden, die Fraktion habe nicht, wie es ursprünglich hieß, die Beteiligung an irgend einer Koalition abgelehnt. Dem Vorwärts zufolge denkt man jetzt an eine Regierung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte, die von der Sozialdemokratie gebildet werden solle.

Frankreich zur Kabinettskrise.

Die Pariser Presse beschäftigt sich eingehend mit dem Scheitern des Planes Barres. Die gesamte hiesige Presse läßt die Überzeugung durchblicken, daß nunmehr der Reichspräsident noch darauf bedacht sein wird, durch die Wahl eines Mannes seine Stellung zu retten. So legt man auch die Wahl Stegerwalds, der mit der Bildung des nationalpolitischen Kabinetts beauftragt worden ist, aus. In den politischen Kreisen ist man ziemlich pessimistisch bezüglich eines nationalpolitischen Kabinetts und man glaubt, daß daselbe vom Verfall der Regierung anerkannt werden würde. Auch spricht man die Vermutung aus, daß mit der Bildung eines solchen Kabinetts die Mächte der hohenpolen zu erwarten sei. Es muß aber betont werden, daß diese Auffassung nicht von allen politischen Kreisen geteilt wird und daß von verschiedenen Parteien die Lösung der deutschen Kabinettskrise in gemäßigter Weise herbeigewünscht wird.

Die Verhandlungen mit Tirard.

Berlin, 28. Nov. Angesichts der Verhandlungen zwischen den Vertretern der besetzten Gebiete und dem französischen Mitglied der interalliierten Rheinlandskommission, Tirard, über die der Reichstagsabgeordnete Erlenz auf dem demokratischen Parteitag in Elberfeld berichtete, ist vielfach die irrige Auffassung entstanden, als wenn man sich deutscherseits mit einer Änderung in der Staatshoheit des besetzten Gebietes abgefunden hätte. Zwischen den Vertretern des besetzten Gebietes und den Regierungen des Reiches und der Länder herrscht völlige Einmütigkeit darüber, daß in dem Hoheitsverhältnis des besetzten Gebietes weder bezüglich des Reiches noch bezüglich der Länder irgendwelche Änderungen eintreten können. Die Verhandlungen mit der interalliierten Rheinlandskommission verfolgen lediglich wirtschaftliche Zwecke. Weder die Reichsregierung noch die Landesregierungen denken jemals daran, durch diese Verhandlungen irgend eine dauernde Veränderung in dem gegenwärtigen staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnis des besetzten Gebietes eintreten zu lassen. Tirard führte diese Verhandlungen wohl nur als französisches Mit-

Die Rhein'and-„Regierung“ erklärt ihre Auflösung.

Koblenz, 28. Nov. Wie die Düsseldorf Nachrichten erfahren, hat die vorläufige Regierung der rheinischen Republik in einem heute an den Oberkommissar Tirard gerichteten Schreiben ihre Auflösung erklärt. Der Generalvollmachtigte teilte dem Vorstehenden der Rheinlandskommission mit, daß in den letzten Tagen bereits drei Mitglieder des Kabinetts ausgeschieden seien, nachdem es sich schon etwa 14 Tage vorher in zwei Teile gespalten hatte, von denen jeder für sich Kabinettsbeschlüsse faßte. Aus der sogenannten inwischen durch das Kabinett ausgeübten Herrschaft habe sich eine Militärdictatur herausgebildet, bei der ein Sekretär namens Rosenbaum die Kontrolle hielt. Bezeichnend ist das offene Geständnis am Schluß des Schreibens, für die Auflösung sei der Umstand mitbestimmend gewesen, daß die vorläufige Regierung zum Teil aus unfähigen und unehrlichen Menschen zusammengestellt gewesen sei.

Wie die Kölnische Volkszeitung erzählt, ist die Regierung Matthes aktiviert worden. An ihre Stelle hat sich ein Diktator namens Victor Cruz gesetzt. Matthes soll nach Düsseldorf geflüchtet sein.

Adenauer über die Separatisten des Rheinlandes.

Paris, 28. Nov. Die Pariser Blätter veröffentlichen Auszüge aus der Unterredung, die der Berichterstatter der Brüsseler Zeitung Le Soir gestern mit dem kölnischen Oberbürgermeister Adenauer über die Frage der Separation hatte. Zwei Punkte der Unterredung werden in Paris besonders hervorgehoben, erstens die Frage der Sicherheit. In diesem Punkte hat der Oberbürgermeister

alied, nicht als Präsident der Rheinlandskommission, in der befonlich auch Engländer und Belgier vertreten sind.

Zur Freitagssitzung der Reparationskommission.

Paris, 28. Nov. Die Debatten, die sich am Freitag in der Reparationskommission abspielen werden, werden, wie hier mit besonderem Nachdruck betont wird, von besonderer Wichtigkeit sein. In Paris trägt man sich aufs neue, ob Frankreich ohne Garantien am Zahlungsmodus, so wie er für die nächsten drei Jahre festgelegt ist, etwas abändern lassen kann. In Paris kreisen läßt man durchdienen, daß durch eine gemäßigtere Haltung Poincarés dieser besondere Vorteile von englischer Seite aus begünstigt der Kritik der Ruhrbewegung erreichen könnte. Andererseits nimmt ein großer Teil des Parlaments irgendwelchen Zugeständnissen gegenüber eine feindselige Haltung ein. Die Ergebnisse der gestrigen Londoner Verhandlung in dieser Frage werden hier mit besonderem Interesse verfolgt. Wie bis jetzt mit Bestimmtheit verlautet, wurden gestern in London zwei Hauptteile der schwebenden Probleme besprochen: bezüglich der Beteiligung Englands und die Ausbeutung des Eisenbahnnetzes. Es ist von englischen Experten vorgeschlagen worden, daß sich England an der Verwaltung mit England und Frankreich beteiligen soll. Viel schwieriger wird die Lösung der Frage bezüglich der nächsten Einnahmen aus den letzten Verhandlungen mit dem rheinischen Ruhrindustriellen sein, da England eingeschlossen ist, die Besetzung der Ruhr auch weiter als eine unrechtmäßige Handlung zu betrachten. Es wird darauf bestanden, daß die Naturallieferungen und die Einnahmen an Geld aus dem Aufgebot einfach der Reparationskommission zur Verfügung gestellt werden. Es geht daraus hervor, daß Lord Curzon die Entwertung von Konsumgütern herbeiführen will und damit die Unterjochung der Reichsmöglichkeit der Ruhrbesetzung aufs neue zu besetzen, um endlich die ganze Angelegenheit vor das Saager Schiedsgericht zu bringen. In Frankreich ruf diese Politik Englands eine große Verunzürigung hervor und man erwartet die Verhandlungen am nächsten Freitag mit großem Optimismus. Man spricht davon, daß jedenfalls an definitive Beschlüsse der Reparationskommission nicht gedacht werden könne, bevor die deutsche Krise nicht beigelegt sei.

Neuregelung der Steuern.

Der finanzpolitische Austausch des vorläufigen Reichswirtschaftsrates bereit gestern einen vom Reichsanwalt zur Begleichung überhand an Entwurf eines Steuerreformgesetzes an dem Grund des Artikels 49 der Reichsverfassung. Der Entwurf lehnt sich in seinen Bestimmungen über die Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer und Kapitalverdienststeuer im allgemeinen an diejenige des Entwurfs eines Gesetzes über die vererbenden Steuern und Vereinigung der Steuerbefreiungen an. Aufgehoben wird ferner ab 1. Januar 1924 das Gesetz über die Besteuerung der Betriebe vom 11. August 1923. Ein Vertreter des Reichswirtschaftsrates erklärte, man sei bei der Aufstellung des Entwurfs davon ausgegangen, daß im Laufe des Dezember die Wählung der Reichstagsmitglieder und ab 1. Januar eine Goldmarkrechnung durchgeführt werden könne. Erforderlich sei eine leistungsfähige Verständigung der Regierung damit nach für den Monat Dezember mit dem Entwurf von Einnahmen namentlich aus der Umsatzsteuer und aus der Abgaben- und Ausgabengerechnet werden könne. Weiter führte der Redner unter anderem an, daß die Durchführung der beschriebenen Vorschriften an der Unmöglichkeit scheitert, daß ein Einkommen des Jahres 1923 zuerkannt wurde, schließt der Entwurf vor, von der Veranlagung des Einkommens im Jahre 1923 sowohl für die Einkommen als auch für die Körperschaftsteuer ganz abgesehen und 1925 wieder das Einkommen des Jahres 1924 im Jahre 1925 zu veranlagten. Es wird vorgeschlagen, die Einkommensteuerreform 1923 mit für 1923 zu den laufenden Vorauszahlungen als abgesehen anzunehmen, nachdem am 15. Dezember 1923 noch eine Vorauszahlung anstelle derjenigen am 15. Jan. 1924 für 1923 erhoben worden ist, und zwar für je 1300 Mark Jahreserwerblich 25 Goldmark pro Die 3. Rate der Rhein- und Ruhrabgabe die an sich am 15. Januar 1924 fällig ist, soll zur Hälfte bereits am 15. Dezember in Höhe der doppelten, an demselben Tage fälligen letzten Einkommensteuervorauszahlung entrichtet werden. Neben der Abgeltung der Steuerpflicht für 1923 ist der zweite wichtige Punkt nach die Befreiung der für 1924 auf das Einkommen des Jahres 1924 zu leistenden Vorauszahlungen. Für die verschiedenen in dem Entwurf in fünf Gruppen eingeteilten Einkommenarten werden daher verschiedene Vorauszahlungsmaßstäbe vorgeschlagen. Gleichzeitig mit der Entziehung der Vorauszahlungsabträge ist eine kurze Voranmeldung über die Einnahmen und Ausgaben einzureichen. Die Einnahmen, die Ausgaben und der Verbrauch sind in Goldmark zu berechnen. Vorauszahlungsbeiträge bis zu fünf Mark bei der Landwirte und im übrigen bis zu zehn Mark sollen in drei Raten werden. Zum Schluß freigeige der Regierungsvorretter noch die beabsichtigte Zieljansicht, die von dem Grundbesitzer ausgeht, anstelle der ausgefallenen Hypothekengläubiger die öffentliche Hand zu setzen. Hierüber seien jedoch die Beratungen noch im Gange. — An die Ausführungen des Regierungsvorretters schloß sich eine kurze Generalansprache. Der Ausschuss übernick die weitere Beratung des Entwurfs über die Änderung des finanzausgleichsgesetzes einem besonderen Arbeitsausschuss. Die beiden Ausschüsse sollen nach diese Woche ihre Arbeiten erledigen.

Kleine politische Meldungen.

Die auswärtige Polizei aus München zurückgezogen. Infolge der nunmehr eingetretenen Beruhigung in München haben Teile der auswärtigen Polizeikontingente, die nach dem Stillpunkt nach München dirigiert waren, die bayerische Hauptstadt wieder verlassen, da die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit verbürgt ist.

Entfernung aus der Reichswehr. Der Vorwärts meldet aus Dresden, daß Mehrheitskommando 4 habe mehrere ältere Unteroffiziere und auch einige Offiziere, die sich schwere Angriffe gegen die kaiserliche Bevölkerung zuwenden kommen ließen, aus dem Dienst entfernt.

S-Koks

Fendel

iw aus!

immer offen

bliebtes Zimmer

theater.

Uhr Sp. 1, 4.20

en Zählung.

U. Vater Euch

mit mir sprach

ot des deutschen

eine Züge. Gel-

und er betet in

runder Heimindung

und Ruhe,

seit ausenüßt

nenen wir lauen;

der hl. Schrift:

um anderen und

Trübsal bewirkt

, wenn wir nicht

aner: das Sicht-

Wir wissen, daß

und keine S. 1;

betet für sie und

er für sie be-

Bayerns deutscher Beruf?

Von Dr. Franz Wepel-München.

Dieser deutschbällische Nationalstaat Ludendorffs (fälschlich und irreführend als „Großdeutschland“ den Bayern und Oesterreichern schmackhaft gemacht) beruht überdies auf einer durchaus unfolgsamen Grundanschauung. Er erkennt die katholische Kirche nur an, insofern sie sich dem Staate vollkommen ein- und unterordnet. Ludendorff selber deutet das an, wenn er in der Münchener-Augsburger Abendzeitung Nr. 302 vom 4. November 1923 schreibt: „Ein Großdeutschland, das allein Herr ist in seinen Grenzen und jede politische Betätigung anderer, auch geistiger (von uns gesperrt, d. B.) Mächte innerhalb derselben ablehnt.“ Wer weiß, wie Ludendorff die „mittelschadlich-katholische Gefahr“ einschätzt und wie leichtsinnig der deutschbällische Staat jede öffentliche Kundgebung der katholischen Kirche zu einer „politischen Betätigung“ umfängt, der mag sich nicht wundern, ausmalen, wie es mit der Gewissensfreiheit und der Religion im deutschbällischen Nationalstaat Ludendorffs und seiner Parteigänger bestellt sein wird. Schon aus dieser einen Erwägung geht hervor, daß die Gleichsetzung der Ludendorff-Sittlerpolitik mit der Politik Mussolinis völlig irreführend ist.

Für diesen deutschbällischen Nationalstaat Sprunghaft und Plattform abzulegen, das ist also nach Ludendorff-Sittler und verwandten Politikern geowärtig der deutsche Beruf Bayerns.

Von der überaroben Mehrheit des bodenständigen bayerischen Volkes wird dieser „Beruf“ abgelehnt; das liegt auf der Hand. Größere Gefolgschaft dagegen findet (oder vielleicht richtiger fand) mit seinen deutschen Völkern der Mann der gegenwärtig als Generalstaatskommissar die Geschäfte Bayerns leitet: Dr. von Kahr. Er will nicht bloß bayerischer Staatsmann sein, er strebt ganz bewußt nach Vermittlung allgemeindeutscher Staats- und Sozialwesen in und durch Bayern. Und hinter ihm steht in diesem Bemühen die Mehrheit der soa. Vaterländischen Verbände Bayerns, insofern sie nicht im Herzen Anhänger Ludendorffs sind.

Was will nun Dr. von Kahr? Diese Frage ist nicht mit einem Satz zu beantworten. Man müßte sich damit beschäftigen, ein von Kahr gleichsam als seine Kernmasse darstellendes Schichtenstück dafür zu nehmen; die Lösung sei jetzt: Sie heißt „christlich“ und „national“ — sie bedeutet uns marxistisch. Was Dr. von Kahr unter dieser Parole versteht, wollte er in jener großen Programmdarstellung, die im durch die „Katholische Wochenschrift“ und Ludendorffs am 8. November 1923 so schön unterbrochen wurde. Diese Rede wurde dann in den Redaktionen veröffentlicht. Sie stellt eine atomistische Aufrechnung mit der Gegenwart, und die Weltanschauung, die man seit neuem mit besonderer Sinnbeziehung als „Marxismus“ bezeichnet. Kahr legt also dem marxistischen Menschen (wie er ihn sieht) den deutschen Menschen (wie er ihn sich selbst) den „christlich-nationalen Kern“ des Marxismus die neue deutsche Staats- und Volksgemeinschaft, der Weltanschauung der marxistischen Massen mit ihrer Staatskonzeption als Voraussetzung und ihrer Weltanschauung als Lebens- und Lebensformen eine Weltanschauung entgegen, in der wieder die Nationalität und die persönliche Leistung Platz hat und die „Staatsautorität“ keine „Mittel“ des staatsbürgerlichen Strebens der einzelnen ist.

Insofern nennt Kahr die heutige Aufgabe mit Recht „mehr als bismarckisch“. Bismarck hatte die deutschen Stämme zu einem Reich aufzusammenschließen, heute ist es die Befreiung unserer Volkstümlichkeit von einer solchen „Mittelstufen“-Gefangenschaft, der halbherzigen Beschränkung durch Schöpfung einer neuen „Mittelstufen“-Gefangenschaft und damit Lebensförderung und Gemeinwohl verknüpfenden Idee.

Wem Dr. von Kahr diese deutsche Aufgabe zu lösen und sie auf dem rechten Wege — wir stellen uns zunächst: Staatsautorität ist Kahr bismarckisch in der Bedeutung Bismarcks, er kennt als Staatsform Deutschlands nur den Bismarck'schen

Bundesstaat mit der Vormacht Preußens. Demonstration hat er deshalb nach dem Sittler-Buch auf den wichtigsten öffentlichen Gebäuden Münchens die schwarz-weiß-rote Reichsflagge hängen lassen — sozialpolitisch kann man Kahr's Anschauungswelt wohl am besten einen durch christliche Ethik veredelten Liberalismus nennen.

Durchaus neue oder gar schöpferische Gedanken sind es also nicht, auf denen Kahr den deutschen Beruf Bayerns gründet; wir vermüssen darin sogar — und das befremdet uns bei Kahr, obwohl er Protestant ist — die Einzelglieder der stärksten Volksgemeinschaftsbildenden Kraft, der Religion. Was will das künftige Deutschland ohne die lebendige Kraftquelle des Katholizismus machen? Nationale Gesinnung mag in vaterländischen Krisenzeiten ein großes Volk begeistern und zu Taten und Opfern fortzriegen — in Zeiten der Ruhe (und die sollen doch die Regel sein) wird sie bald abflauen und wenigstens in den Massen ihre nationalpatriotische Bedeutung verlieren. Trotz aller Sedan- und Kaiserfeiern konnte das alte Reich die Auslösung der vaterländischen Tatgesinnung durch einen vaterlandslosen Nationalismus nicht aufhalten — das seinen Religionshaß abbauende Frankreich aber wuchs an nationaler Gesinnung, und Mussolini weiß die Kraft protestantischer Religion sehr wohl seinem Staate nutzbar zu machen.

In Bayern-Deutschland hat man das auch schon mit gutem Erfolg versucht — in der Programm-Rede Kahr's aber liegt man nicht von der Bedeutung dieser Kraft. Und das ist eine der wunderbaren Stellen der Kahr'schen Problematik.

Sat Dr. von Kahr nicht gemerkt, daß er mit seiner atomistischen Vorlesung über den Marxismus als staatsrechtliches Prinzip und über seine neue deutsche Staatskonzeption in einen circulus vitiosus gerät? Wir wollen uns absehen von der bedenkenlichen Enge des Geschichtsbildes, der seinen deutschen Staatsgedanken umspannt: wohl aber müssen wir darauf hinweisen, daß Kahr genau so in der sozialistischen Dialektik stehen geblieben ist, wie Karl Marx und zwar in der Form wie in den Gedanken. Sie wie dort These und Antithese, reine Arbeit des Intellekts, alles sehr geschickt und schlagend logisch; schöpferische Kraft aus der Intuition der Seele mit unübersteiglicher Gewalt hervorquellend und uns mitreißend, wird man vergeblich darin suchen. Was aber nicht minder bedenklich stimmt: auch die Gehaltswelt gehört der Kahr'schen Schule an: die Fäden der marxistischen Ideen laufen über Feuerbach und Hegel zu Kahr — und von Kahr's Anschauung geht die Linie über den Idealismus Schellings und Schlegel'schen ebenfalls zu Kahr. Hier: Der Glaube an die Souveränität des Einzelnen, das in bewusster Freiheit der Eingabe an die Nation den nationalen Staat schafft — dort: der Glaube an die Souveränität des Massen-Volks, das den Staat als ökonomische Anpassung an einen eisenernen Ring um die Summe der Individuen eines Volkes legt. Bei beiden von beiden die Erkenntnis von der alleinigen Souveränität und dem Primat der Ethikswerte und Ethikswerte, Kräfte im Menschen, denen sich alle irdischen Belange, also auch der Staat und das Volk unterzuordnen haben.

Nur ein religiöses, ein im Glauben an Gott und im Gottesbekenntnis geeinigtes und gefestigtes Volk wird auch einen nationalen Staat von Dauer zu schaffen vermögen — alle „nur nationalen“ (besser gesagt: nationalitätlichen) Staatsbildungen werden stets nur vorübergehende Erscheinungen sein. Denn die reine Diesseitigkeit des nationalen Gedankens wird stets der Gefahr ausgesetzt sein, von gleichartigen Diesseitigkeiten bedrängt unterzugehen, auszufallen zu werden, die der bismarckische Nationalstaat durch den internationalen Sozialismus, ein internationaler Freihandel durch die nationale Schutzvölkerpaarung, ein militärischer imperialistischer Machtstreben durch den politischen Handel und Kulturkampf. Wie viele Beispiele gibt uns dazu die Geschichte!

laudative Persönlichkeit. Jugendfeier! Er schob in der Mitte zwei Stühle etwa eine Hand breit voneinander, er wußte, wer hier Platz nehmen würde, und was das alles zu bedeuten hatte, trotzdem der hohe Kommandeur heute zu ihm vorübergehend gehört hatte: „Robert, wir wollen die Verlobung meiner Tochter offiziell feiern“, als wenn sie nicht schon ein ganzes Jahr verlobt wären. Diese ganze Geheimnisthämerei war nur da, um die anderen zu täuschen. Niemand sollte auf den Gedanken kommen, der Kaplan sei wieder anwesend. Die kommende kurze Ziminadt barg viel Geheimnisse in sich.

Um 7 Uhr wurden die Pforten zu den nebenanliegenden Staatsmessen geöffnet. Der Herr Graf in etwas altmodischer Form mit breitem schwarzem Sammetkleid, weißem Hemd, goldglänzenden Kammerherrnköpfchen, die Brust mit Orden bedeckt, in einer Art Garbfärberei lag der rote Adler, führte fürstlich eine ältere Dame, mit einem leibenden schmalen Gesicht. Sie reichte ihm laum bis an die Schultern und erinnerte an die Gestalt und das Gebaren der Frau Therese Bieker. Sie trug große Toilette, als wenn sie an einem Hoffest teilnehmen wollte, aber in stillen Farben, ein violettes Sammetkleid mit Garnitur und einer Mantille von schwarzen Spitzen über der hochgeschweiften Tourmire. Der Kopf sehr lang, breit aus-einanderstehend, dabei eine kurze engbrüstige Taille mit Hofanschnitt, der die Schultern frei ließ. Alle Damen trugen diese neueste Mode. Die große imposante Erscheinung der Frau Gräfin Tannen-berg, im hellbraunen Silberdamast, die mit einem älteren, ebenfalls ordentlichem Herrn, dem Ehegatten der feinen Dame, folgte, lag in der oberen Einschüderung sehr possierlich aus. Ihre Toilette war rückwärts derartig ausgefallen, daß sie einer geschickten Pflanzweiserin leicht als Sattel zum Aufsteigen hätte dienen können. Diese älteren Herr-

Wo aber nationale Gesinnung sich mit religiös-sittlicher, im Transzendenten wurzelnder Glaubenskraft zur Anschauungs- und Tatkraft verbindet, dort ist jedem schöpferischen Staatsmanne ein Erfolgsweg für seine Staatschöpfung in die Hand gegeben.

Die Patrona Bavariae ist genau wie die Patrona Hungariae und St. Michael Patronus Germaniae oder der göttliche Bundesherr Tirols und die Jungfrau von Orleans Symbol dieser Staatsgesinnung. In diesem Sinne muß jedes Staatswesen, wenn es nicht durch ganz ausnahmsweise günstige natürliche Verhältnisse oder intulare Lage ohnehin eine geschlossene Gemeinschaft darstellt, eine Art Heiligtum sein.

Sat nun, also gesehen, Bayern heute eine deutsche Aufgabe, einen deutschen Beruf, eine über die Aufgaben der anderen deutschen Länder hinausgehende Verantwortung gegenüber dem Schicksal und der Zukunft des deutschen Volkes?

Mit gutem Gewissen kann diese Frage bejaht werden. Sie muß sogar bejaht werden. Bayern hat in seinem Volkstum und in seiner Staatlichkeit die vornehmsten staats- und gemeinschaftsbildenden Kräfte auch über die Umsturzjahre hinweg bewahrt, die dem übrigen Deutschland größtenteils verloren gegangen sind.

In Bayern lebt noch der Katholizismus als Volksgemeinschaft. Seine transzendenten, d. h. im Gewissen, vor Gott verankerten sittliche Kräfte läßt sich daher in vollem Umfang als Quelle staatlicher Ordnung und völliger Bindung auswerten. Die Patrona Bavariae ist in der Tat die unumdrängliche Landesherren Bayerns. Selbst gläubige Protestanten ordnen sich ihr gerne unter.

In der altangestammten Dynastie Wittelsbach ist dem bayerischen Volk und Staat eine ganz natürliche oberste Führung gegeben, die ganz und gar als Gottesquadrantem empfunden wird und dadurch das religiös-sittliche Gehörnismoment mit der weltlich-staatlichen Autorität aufs glückseligste verknüpft. Ein lebendiger bayerischer Staat ist aus gleichem Grunde nur als Monarchie denkbar.

Bayerns Volkstum ist dem Industrialismus und Materialismus nicht entfremdet zu geriet und atomisiert wie das übrige Deutschland. Die wirtschaftliche, kulturelle und staatspolitische Kraft des Landes entströmt daher noch vorwiegend seinen schaffenden Ständen, das bedeutet aber, daß die Wiederbelebung des organischen Volksgemeinschaftsstaates — des einzig erstrebenswerten Staates — in Bayern am leichtesten möglich sein wird.

Seimattinn und Glaube an das große deutsche Vaterland werden heute im bayerischen Volke offensichtlich stärker und lebendiger mit der hingebenswerten Kraft der Seele erfüllt als anderswo. Engtirnig, verstandesmäßig kalkulierender Partei- und Klassengeist hat noch nicht in gleichem Maße wie sonstwo in deutschen Ländern dem volkstümlichen Leben den Stempel der Unschicklichkeit und Wacke aufgedrückt; in Bayern flutet noch das volle, ungebrochene, freilich zuweilen auch überfließende Leben des Volksinstinkts. Dieser braucht nur die rechte Führung und er bildet das produktivste Ferment eines organischen Volksgemeinschaftsstaates.

Denkt Bayerns wahrer deutscher Beruf nun auf? Braucht es mehr der Worte, Hinweise und Beleue?

Eines aber ist uns klar geworden: Bayerns deutscher Beruf ist zunächst eine innere bayerische Aufgabe. Das bayerische Volk muß durch die Tat beweisen, daß es die Kraft hat, einen vorbismarckischen Staat bei sich selber zu schaffen. Ist das geschehen, dann wird Bayern über seine Grenzen hinaus als Sauerteig deutschen Lebens wirken mit der unübersteiglichen Macht des Beispiels. Da dann, aber erst dann, kann (und wird) Bayern führend in Deutschland und der Krisenpolitik des wahren und glücklichen Großdeutschlands werden, trete dieses nun als Bundesstaat oder Staatenbund oder als Vereinigte Staaten deutscher Nation in die Geschichte ein.

Führung muß erarbeitet und erkämpft werden, nicht — erschwört oder erschwindelt. Von Bayern bezug. München aus heute die Führung der deutschen Nation in die Hand nehmen wollen, nur weil man glaubt, deutscher zu sein, als andere deutsche Stämme, und weil man noch über einen unverbrannten Vorrat schwarz-weißer Fahnen verfügt, oder weil man überzeugt ist, ein unerschöpfbares Meeresmeer der unendlichen Marxismus entdeckt zu haben — das ist eine Utopie.

Und vom Münchener Völkerverbrüderer aus die Berliner Reichsregierung absetzen, sich zum Alleinherrlicher über das deutsche Volk ausruhen und die „nationale Armee“ in Marsch setzen zu wollen — das ist Narrenhaus.

Weder das eine noch das andere hat das bayerische Volk verdient. Denn in seiner Seele lebt die Verantwortung dem deutschen Volke auf seinem Wege aus seinem sittlichen, nationalen und wirtschaftlichen Elend voranzutreiben; doch nicht unter der Führung eines Sittler und Ludendorff, auch nicht — es tut uns leid, das sagen zu müssen — unter der Führung des verächtlich chrenierten Herrn von Kahr.

Das bayerische Volk harret seines Führers!

Innere Politik.

Zur Haltung der Studentenschaft in München.

Am Sonntag wurde in München die St. Andreas-Kirche eingeweiht. Kardinal Faulhaber hielt dabei eine Predigt, in der er lt. Neue Bälzische Landeszeitung u. a. sagte:

Das Andachtsfest ist ein Symbol der Verjüngung und Erneuerung. In diesen Tagen sind auf Euren Bänken, Sägen und Verkündungen gehalten worden. Noch nie ist eine solche Augenlust überwunden. In der Zeit der Republik bin ich oft an Märgenarbeiten beteiligt gewesen, bin aber nie so angepöbelt worden, wie in den letzten Tagen. Die Studenten haben von dem St. Vater Lebensmitleid und andere Gaben angenommen und gehen auch heute noch zwecks Unterstützung in die katholischen Pfarndörfer hinaus. Zu gleicher Zeit werden von den Studenten an der Universität die schärfsten Redreden gegen Papst und Bischof gehalten. Dieses wird ein Schandmal für unsere Studentenschaft bleiben.

Zu dem Jung-Madame. Professordium (lap.) sucht man einzufragen. Unter dem 23. November veröffentlicht dort das Nachrichtenamt des Deutschen Hochschulrings zu den Münchener Vorgängen folgende Erklärung:

Der Deutsche Hochschulring muß es auf das tiefe Bedauern, daß durch die Ereignisse in München am Nachfesttage der Revolution offene Zwietracht in die Reihen der völkisch-nationalen Bewegung getragen wurde. Der Deutsche Hochschulring hat es sich von jeher zur Aufgabe gemacht, die Einheit des gesamten deutschen Volkes aus dem Verkenntnis zum deutschen Volkstum und dessen Lebensbewegung in einer großen, starken Nation zu erstreben. Er muß es aus seiner inneren Einstellung heraus ablehnen, daß die Hochschulringbewegung in den Streit politischer Gruppen hineingezogen wird. Wir können es verstehen, daß viele Kreise der deutschen Studentenschaft in ihrer Ablehnung mancher Zustände der Gegenwart und durch Ereignisse in lebensgefährlicher Erregung sich haben mitreißend lassen und den Blick für die größeren Momente dabei verloren haben. Wir betrachten es jedoch fernerhin als unsere vornehmste Aufgabe, die geistige Arbeit des gesamten deutschen Volkes zu erstreben. Wir stehen auch fernerhin auf unserem alten Standpunkt, daß eine wahrhaftige Befreiung nur nach geistiger Bereitmachung kampfesfähig erstreiten werden kann.

Deutscher Hochschulring. B. Grimmsch. Jürgen Bachmann. stellvert. Vorsitzender.

Was Kardinal Faulhaber in München erlebt hat, läßt nicht darauf schließen, daß die geistige Vereinnahmung bei jenem Teil der Studentenschaft, der dabei in Betracht kommt, schon große Fortschritte gemacht hat. Die Feststellung des Kardinals, daß er zur Zeit der Republik von Märgenarbeiten nicht so angepöbelt wurde, wie von nationalitätlichen Studenten spricht Wandel! —

Der Kaplan von Heiligenberg.

41) Roman aus der Zeit des Kulturkampfes von Hubertus-Kraft Graf Strachwitz.

38.

Das Abendessen der großen Familie Tannen-berg befah heute den Charakter selten feierlicher Art. Die Tafel war in dem großen Ritteraal hergerichtet. Erkant, eigentlich mehr neugierig blickten die Aphen auf die überraschenden Vorbereitungen hinab. Es war besonders auffallend, daß für eine ansehnliche kleine Gesellschaft von zehn Personen der schönste Raum mit breitetgeputzten Familienwappen aufgelegt ward. Schwergetriebene silberne Tafelaufsätze, mit beheizten Böden durchflochten, ruhten auf roten Sammetpolstern, liehenartige Randelblätter in Vorardt und alchermwürdige Tafelgeschirre Berliner Abstammung, grün und rot umrandet druckte es im künstlichen Blumenmischend, auf dem Grunde eines jeden Tellers, einer jeden Schale lag eine anders gemalte Blume, auf jeder Teller, jedem Deckel waren Rosen aufgebunden, dazu das Kristall in hoher spitzer Form mit auf-gelagerten Wappen und einaeerferten Strahlen. Da mußte es schon ein Hochzeits- oder Taufest sein. Immer wieder lachten die Aphen einander fragend an, ob es heute etwas Derartiges? Sie hatten noch nichts bemerkt.

Robert, der Kammerdiener, war allein im Saal und schob die ledergelackten Stühle mit den hohen geschweiften Lehnen an die Tafel. Die Tafeln liebten nicht diese mittelalterlichen Brunnstühle, die nicht selten einen Diener samt der Schüssel mit Inhalt zu Fall bringen konnten. Er selbst, Robert, als er noch in ein bunt-bloher Vordredener war, hieb einst mit den Fangschindeln hängen und schüttelte einige Dubend Aultern in Schalen über eine durch-

schaffen, die sich mit den Tannenbergs über Kreuz führten, waren Freiherr und Freifrau v. Fehren-turm aus Westfalen, die Eltern Egons. So fein und zierlich die Mutter, so grob und vierhändig der Vater, Weltfalle im Neuzeren und in jeder Art. Ihm folgte Eggon, bei dem die Feinheit der Mutter sich überaus glänzlich mit der Grobmodigkeit des Vaters verband. Er trug den glänzenden Mantel der Münsterer Kürassiere, Kriegsordenen zählten von seiner Tapferkeit, das Walfertkreuz von seiner katholischen Hingebung. Er war gut gewachsen, blond, etwas hartrot im Gesicht und sehr elegant; denn in den vornehmen Regimenten erziehen als Kolde des krieglichen Feldzuges der Drang zum Kurus und die Pflicht auffallender Eleganz, selbst bei den sogenannten schwarzen Kürassieren in Münster. Er führte am Arm Olga im weißen getaffelten Coulardkleid mit drapiertem Rod. Robert, der sich naturgemäß auf Toiletten verstand, hatte das Gefühl, als sei die Kleidung noch nicht ganz vollendet. Gräfin Olga erschien ihm fast zu einfach, sie trug auch keinen Schmuck im Haar, das der Mode entgegengekehrt zu angeordnet war, als wenn eine Krokodil aufgefickt werden sollte. Nur um den Hals hing an einer Kette von Perlen ein Diamantkrenz, und man konnte aus den Wälden der alten Freifrau leicht schließen, daß sie die Spenderin dieser Juwelen war. Das Krenz war damals nicht nur ein Symbol, sondern an gleicher Zeit ein Schmuckgegenstand der Mode. An dem bis dahin etwas hängenden Berliner Hof trugen die Damen zu den tiefen Ausschünten auf den größten Feiten, auch zu Volkstümlichkeiten, ein Krenz um den Hals. Mit Recht luden einige vernünftige Damen diese Unsitte zu bekämpfen; denn das Krenz auf der Halskette veranlagte nicht etwa seine gewiß anmutige Trägerin zu ernster Lebensauffassung, sondern diente lediglich als Schmuck und zu heuchlerischem Gebaren. Anders

mag es bei einer Braut gedeutet werden, die es zum Hochzeitsfest anlegt. Selene folgte im hellroten Coulardkleid mit feinen rosa Rücken, selbst eine Rolle im Moiengarten. Sie schritt am Arm eines Vaters und Freundes des Bräutigams, eines Grafen Woll aus dem Rheinland, Regimentalkamerad und Egon ähnlich. Eine Narbe querte am linken Ohr, auch fehlte der kleine Finger der linken Hand. Er sah verwegener, kühner als Fehren-turm aus und erzählte gern von dem toten Ritt über die Franzosen bei Mars la Tour. Heute allerdings bedächtigte er sich mehr mit dem Moienzauber. Er war erst am Nachmittag angekommen und kannte Selene erst seit wenigen Stunden. Er war, wie man zu sagen pflegte, eine brillante Partie und in Wälden Weiber einer schloßgeleiteten Herrschaft an den Tälern und Gängen des Rheines zwischen Koblenz und Neuwied. Als letzte Dame im Zuge schritt Gräfin Sidonie im schwarzen silberbordierten Sammet, über dem, wie an einem Theatervorhang, bestrahlter Damast drapiert war. Eine überlaurae Schleiwe ließ ihre kleine Figur größer erscheinen. Über dem Haupt trug sie einen Säleier schwarzor Spibe mit Diamantnabeln besetzt. Ihr Führer war Toni, der liebesfähige, der für den Sonntag und den folgenden Feiertag herübergekommen war. Zu seinem Erlaunen fand er eine neue Garnitur vor, einen schwarzen Anzug mit Sammetwäse, eine weiße Radallierkrawatte und blinkende Radschuhe. An dieser Ausstattung erkannte er die Bedeutung des Festes; denn so oft er im falscherstandenen Drama nach Männlichkeit bis auf den Erdboden reichende Weinkleber für sich verlangt hatte, vertriebe ihn die Frau Mama auf Olas Hochzeit. Er sah nun ganz v. Tierlich aus und suchte mit Geremienie die verheiratete Tante galant an ihren Platz zu geleiten. (Fortsetzung folgt.)

Unter dem 4. No- aus „Karlsruhe“, e- sismus in Baden“ Abendzeitung. Net- heiten enthält die- Eine starke, vorw- gelnde Bewegung mit der Pfalz in reich bringen. Die Zentrum weiß die stelle, in festlicher mit Enttäufung zu Augsburger Abende aus „Karlsruhe“ die- Behauptung auch erwartet werden, die- ihrer Leiter ebenso

Wir konnten erst- absolut falsche, die- Behauptung einle- 28. November früh Die Treue zum Re- baltische Zentrum i- Haltung, wie seine Zeugnis ab. Karlsruhe, de-

Wir oben einfl- teilverbunden der- Auf den Artikel sel- zu sprechen kommen

Zu dem W...

das, wie berichtet, das Völkerverbrü- deutsches Volk in- setzen, mit Mühen- Zeitung Nr. 275: Die Frontlinie- leicht für sie keine A- hlieferung der Re- dier Postumsmittel- ihre Produkte ver- schiffenblei trotz ger- Papiermarkt nicht- hohememfänger von- fekt werden. Um d- der Seite zu verlan- in Baden wirtschaf- Sandelkammern hat- und Anpfehlensich- schändlichen Gefes- schändliches Völk- Weib hat aber nur- Die Heiratsschle- und die Heiratssch- in Form von Sach- Kältern erlösen- viel einzuweisen. B- beachten daß es sich- im Austausch von M- geld in wechselläuf-

Das sind so ein- eine Verchiebung- ins Ausland zu be- Ertraktis mü- durch solches Geld- leicht mehr als wir- reale Unterlage- Kömte.

Fehr u...

litt der Volksfreu- Erbfürst über le- wohlmeinendes Abf- Zeit zu mildern, se- bezweifeln; aber n- und weltliche Er- rmine an den vorl- erinnern uns, daß- wo denn die Wäld- und des Wucherer- nie anaeracht; den-

S: O: a: z:

„Der S...

Das Spiel Sch- Schwärger und S- legene“ lag es nahe- Gampel hierberzubi- und die Wäldern,- nicht Ober spielen. Schlägerin fährt mit- von Theaterkulturrel- das Schenck Publizal- losem Wohlbehagen e- freigen Betragen ve- man aber auch für bi- die der Furma leimen- Tanzpaarom me-

Schmücker-Defnan- im Wege. Die Gesch- Liebhaber Pierret a- die mit einem so süß- geichigt aufzumach- namhafte Lust von- sollen? Was aus- Farben d' der Infr- garabeste Tanzlän- gen Fräulein und e- zehlfachige Wirkung- tut ihr denn auch z- gegenwie bedeutend

Bei dem Fräuliche- empfahl es sich, die- potenzieren, d' e man- nannten Tanzpaar- Meistro way Se m- diesem Tanzgefieff- de immerhin noch- für Mout' ers dem- entfremden so wem- mal, Aufführung un- zu machen. Was S- ceapitaur auch zu Be-

